

Grundsatzpapier

Ortsverband Hövelhof



Vorstand des FDP Ortsverbandes Hövelhof vor dem Plakat des Spitzenkandidaten Christian Lindner. (v.l.n.r.)
Ekhard Schumann, Rudi Lindemann, André Klocksin, Bärbel Schumann, Benjamin Joachim, Hugo Beck,
Thomas Körner und Peter Lindemann.

Erstellt :

Von : Mitglieder des Ortsverband lfd. in Arbeit)

Gliederung

1. Zielausrichtung der FDP
 - 1.1 Wofür steht die FDP
 - 1.2 Schwerpunkte
 - 1.3 Zielgruppenaussage
 - 1.4 Definitionen
 - 1.4.1 „Liberal“
 - 1.4.2 „Sozial“
 2. Abgrenzung zu anderen Parteien
 3. Gemeindeordnung (NRW)
 4. ~~Kommunalwahl 2009~~-(entfällt)
 5. Kommunale Themen
 - 5.01 Förderung des Wirtschaftsstandortes
 - 5.02 Infrastruktur, Ortskern, FHH
 - 5.03 Sicherheit
 - 5.04 Touristik, Freizeit
 - 5.05 Energie, Umwelt
 - 5.06 Haushalt, NKF
 - 5.07 Kinder, Jugend, Schule
 - 5.08 Jugendbeteiligung
 - 5.09 Vereine, Sport und Ehrenamt
 - 5.10 Familien
 - 5.11 Kulturförderung
 - 5.12 Senioren
 - 5.13 Privatisierung öffentlicher Aufgaben
 - 5.14 Integrationspolitik
 - 5.15 Gesundheit / Pflege
 - 5.16 Soziale Sicherungssysteme
 - 5.17 Moderne und bürgernahe Verwaltung
 - 5.18 Mündige Bürger verdienen mehr Beteiligung
 6. Sonderthemen
 - 6.01 Holzheizkraftwerk Geha
 - 6.02 Schützen- und Bürgerhalle
 - 6.03 Entwicklung Ortsteile
 7. Anhang
 - 7.01 Ortsparteitag 2008
 - 7.02 Ortsparteitag 2010
 - 7.03 Ortsparteitag 2012
 8. Quellenverzeichnis
-

1. Zielausrichtung der FDP

1.1 Wofür steht die FDP

(Auszüge aus „Wiesbadener Grundsätze“ 1997)

Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen.

Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt.

Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstattung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet.

Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigung durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit.

In Deutschland hat sich die Politik immer mehr daran orientiert, was bei den Betroffenen gut ankommt, was gefällt. Sie hat sich zur **Gefälligkeitspolitik** entwickelt. Dabei hat die Politik den Menschen nur scheinbar immer mehr Risiken abgenommen und jedes Problem für lösbar erklärt. Die Bürger haben ihrerseits der Politik immer mehr die Lösungen der Probleme zugewiesen. Die Gefälligkeitspolitik trifft keine Vorsorge für Bedürftigkeit, sondern bedient die Bedürfnisse von Interessensgruppen. Die Überforderung des Staates ging einher mit der Unterforderung der Bürger.

Unser Wohlstand der Gegenwart wird mit immer neuen Hypotheken auf die Zukunft finanziert.

Jede Generation ist verpflichtet, die Freiheitschancen Nachgeborener zu bewahren und nicht durch Verbindlichkeiten und Verbrauch zu riskieren.

Viele haben die von der Politik und den mächtigen Interessensgruppen geschaffene Illusion einer Rundumbetreuung gerne geglaubt.

Alle politischen Entscheidungen müssen einer Zukunftsverträglichkeit unterworfen, denn Freiheit ist Zukunftsverträglichkeit.

Wer dem Staat immer mehr Aufgaben aufbürdet, nimmt Steuererhöhungen und Verschuldung zur Finanzierung dieser zusätzlichen Aufgaben in Kauf. Wer über steigende Steuern klagt, darf nicht gleichzeitig nach immer neuen Wohltaten rufen.

Liberalismus will Freiheit zur Verantwortung anstatt Freiheit von Verantwortung. Freiheit ist nicht Egoismus. Freiheit ist Verantwortung.

Nicht der Staat gewährt den Bürgern Freiheit, sondern die Bürger gewähren dem Staat Einschränkungen ihrer Freiheit.

Freiheit durch Verantwortung ersetzt die starre Regelungsdichte staatlicher Bürokratien und Großorganisationen. Mehr Eigenverantwortung und Mitverantwortung der Bürger heißt weniger Staat. Nur dort, wo Eigenverantwortung und Mitverantwortung das Leistungsvermögen der Bürger übersteigen, übertragen die Bürger Verantwortung auf ihren Staat.

Liberale setzen auf den mündigen Bürger, nicht auf den Vormundschaftsstaat mit Rundumbetreuung. Liberale muten den Bürgern mehr zu, weil sie ihnen mehr zutrauen.

Liberale wollen anstatt einer Staatswirtschaft der besten sozialen und ökologischen Absichten die Marktwirtschaft der besten sozialen und ökologischen Ergebnisse. Eine freie und offene Gesellschaft ist nur mit Markt und Wettbewerb möglich.

Wettbewerb lebt von persönlicher Leistungsbereitschaft unter gleichen Regeln und fairen Chancen. Nur wenn Leistung sich für alle lohnt, kann die Gesellschaft chancengerecht und sozial gestaltet werden. Freiheit ist ohne Leistungsbereitschaft nicht denkbar. Liberale wollen Leistungsbereitschaft freisetzen und zur Leistung befähigen. Leistungshemmnisse müssen in Gesellschaft, Wirtschaft und Verwaltung beseitigt werden.

Liberale stellen einer Gesellschaft der Funktionäre eine Gesellschaft der Bürger entgegen: die **liberale Bürgergesellschaft**.

Was der Bürger in eigener Verantwortung entscheiden kann, muss er auch entscheiden dürfen. Wo der Bürger staatliche Entscheidungen braucht, müssen diese so nah am Bürger wie möglich getroffen werden: **Vorrang hat die Gemeinde**, erst dann folgen das Land, der Bund und die Europäische Union. Vorrang für die kleinere Einheit. In der Gemeinde hat der Bürger die größte Nähe zum Problem und der Staat die größte Nähe zum Bürger.

Gesellschaftliche Abschottung gegen Menschen anderer Abstammung und Herkunft widerspricht der offenen Gesellschaft. Die Liberalen treten für eine Gesellschaft ein, die offen ist für Zuwanderung und kulturelle Einflüsse von außen, die aber das Maß ihrer Offenheit selbst bestimmt und festen Regeln unterwirft. Wer als Zuwanderer in unser Land kommt, muss wissen, welche Perspektive ihn hier bis zu einer möglichen Einbürgerung erwartet.

Die liberale Bürgergesellschaft lädt zur Integration ein, sie verlangt Bereitschaft zur Eingliederung, ohne jedoch eine gleichmachende Anpassung einzufordern. Liberale stehen für die Vielfalt der Lebensentwürfe innerhalb eines gemeinsamen Rahmens von Normen und Werten.

Das größere Risiko liegt heute nicht darin, das Bestehende zu verändern, sondern darin, es nicht zu tun. Veränderung heißt Risiko. Wer alle Risiken ausschließen will, zerstört auch alle Chancen. Liberale bejahen den Fortschritt durch Vernunft. Veränderung ist kein Selbstzweck.

Liberale setzen dem obrigkeitsstaatlichen Grundsatz „was nicht erlaubt ist, ist verboten“ das rechtsstaatliche Prinzip entgegen: **„Was nicht verboten ist, ist erlaubt“**.

Weitreichende Veränderungen unserer Kultur, insbesondere im Verhältnis von Bildung und Arbeit, Freizeit und Familie, Beruf und Alter, Staat und Gesellschaft sind bereits deutlich erkennbar. Die Globalisierung als der Charakterzug des Wandels lässt durch Internationalisierung des Wissens und Wirtschaftens die nationalen Grenzen hinter sich. Die Abschottung der Kultur-, Wissens-, Bildungs-, Wirtschafts- und Arbeitsmärkte wird national und europäisch unmöglich.

Ehe und Familie sind tragende Verantwortungsgemeinschaften in der Bürgergesellschaft. Für Liberale sind alle Lebensgemeinschaften wertvoll, in denen Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Liberale sind im Zweifel für die freiwillige Selbstorganisation der Bürger und hat Vorrang vor dem Staat. Private Initiativen, z.B. in der Kinderbetreuung oder Altenpflege, müssen von Bürokratie und überzogenen Regulierungen befreit werden.

Liberale Politik tritt für die Einhaltung der nach dem Grundgesetz garantierten Freiheit von Wissenschaft und Forschung ein, unterstützt Grundlagenforschung auf breiter Basis. Die Grenzen von Forschung und Technologie werden durch die Würde des Menschen gesetzt.

1.2 Schwerpunkte

Millionenfache Arbeitslosigkeit in Deutschland ist eine Gefahr für die Freiheit. Deshalb ist die **Überwindung der Arbeitslosigkeit** die zentrale Frage der Zukunftsfähigkeit einer leistungsfähigen und solidarischen Gemeinschaft. Arbeitslosigkeit ist auch die Folge unterlassener Anpassungsprozesse in der Vergangenheit, die Folge überzogener Bürokratie, einer zu hohen Steuer- und Abgabenlast und einer Überregulierung des Arbeitsmarktes.

Eine dauerhafte Überwindung der Arbeitslosigkeit erfordert eine laufende Anpassung an sich ändernde Bedingungen. Die meisten Menschen spüren, was die Experten längst wissen: Unser Land ist nicht hinreichend für die Herausforderungen der nächsten Jahrzehnte gerüstet. Deutschland verliert dramatisch an Reformkraft, Wettbewerbschancen und Zukunftsfähigkeit.

Steuern, Abgaben und Regelungswut treiben Arbeitsplätze aus unserem Land.

Arbeit macht einen wesentlichen Teil des Lebens und unserer Identität aus. Wer Teilhabe der Arbeitnehmer ausschließlich als Mitbestimmung durch Funktionäre versteht, wird der Zukunft nicht gerecht. **Mitarbeiter sollen zu Mitunternehmer** werden.

Die große Schere zwischen Brutto- und Nettolohn verhindert Eigentumserwerb und private Vorsorge. Geringes Eigenkapital gefährdet Betriebe, und flächendeckende Tarifverträge nehmen den Spielraum für eine betriebsnahe Lohnfindung.

Mitarbeiterbeteiligungen am Produktivvermögen können dagegen Bündnisse für Arbeit in den Betrieben sein.

Für die Überwindung der hohen Arbeitslosigkeit im Niedriglohnbereich und für ein durchschaubares soziales Netz leistet das von den Liberalen geforderte **Bürgergeldsystem** einen entscheidenden Beitrag. Das Bürgergeldsystem führt Einkommensbesteuerung und steuerfinanzierte Sozialleistung zu einer einfachen Gesamtordnung zusammen.

Die gesetzlichen Sozialsysteme sind derzeit Verträge zu Lasten künftiger Generationen. Sie nehmen den Bürgern den Freiraum für eigenverantwortliche Zukunftssicherung und sind schon heute kaum noch finanzierbar.

Wegen der Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und der demografischen Entwicklung muss gerade auch die Rentenversicherung ihre Leistungen den veränderten Gegebenheiten anpassen.

Eine vollständige Absicherung des Lebensstandards kann die Sozialversicherung künftig nicht mehr leisten, hier bedarf es ergänzender Vorsorge in Eigenverantwortung. Bürgern, die sich nicht aus eigener Kraft absichern können, gewährleistet Steuerfinanzierung auch künftig das Existenzminimum.

Der liberale Sozialstaat konzentriert seine Hilfe wirksam auf die wirklich Bedürftigen, der sozialdemokratische Wohlfahrtsstaat verteilt an alle ein wenig.

1.3 Zielgruppenaussage

Die liberale Politik der FDP ist ausgerichtet auf:

soziale, ökologische Marktwirtschaft, Soziales, Generationengerechtigkeit, Rentensysteme, Bildung, Arbeitsmarkt, Steuersystem, Gesundheitswesen, Energie und Klimaschutz, Familie und Beruf, Innen- und Justizpolitik, Sicherheit, Integration, Technologie, Forschung, Kommunikationsdienste und Innovation, Kultur, Agrar- und Strukturpolitik, Außen- und Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Europa und, und, und und ist damit für alle Zielgruppen der Bevölkerung ein kompetenter Partner.

Die FDP ist die Bürgerpartei in Deutschland. Sie greift die Anliegen der Menschen auf und gibt ihnen eine Stimme in der Politik. Die FDP will gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern die Probleme unseres

Landes lösen. Wir machen uns dafür stark, dass der Einzelne mehr selbst gestalten kann – durch mehr Bürgerbeteiligung und mehr Demokratie, durch weniger Staat und weniger Bürokratie.

Als eigenständige und unabhängige Partei für das ganze Volk ist die FDP die Alternative zum konservativen Angebot der Union und der bevormundenden und leistungsfeindlichen Politik von Rot-Grün. Die FDP will als liberale Partei in der Mitte der Gesellschaft und der Mitte der Parteienlandschaft wachsen.

Als moderne und dynamische Partei, interessant für alle Altersgruppen, setzt sich die FDP für ein leistungsbereites, weltoffenes und tolerantes Deutschland ein, in dem jeder seine persönlichen Lebensentwürfe verwirklichen kann. So macht die FDP persönliche Freiheit erlebbar und vermittelt liberales Lebensgefühl.

Eine Partei für alle, die fragen, was sie für ihre Gemeinde, ihr Land und ihr Volk tun können, anstatt immer gleich nach dem Staat zu rufen.

Wir wenden uns an alle, die mehr Freiheit und Verantwortung und weniger staatliche Bevormundung wollen.

=> Die FDP als Bürgerpartei für das ganze Volks !!

1.4 Definitionen

1.4.1 „Liberal“

Der Liberalismus steht im Spannungsfeld zwischen der Hilfe für Bedürftige und der Wahrung der wirtschaftlichen Freiheit und des Eigentums der Leistungsfähigen, zwischen der Wiederherstellung der Chancengleichheit durch staatliche Intervention und der Stärkung der Wachstumskräfte der Sozialen Marktwirtschaft.

Unser Gegenmodell zum konservativen Wohlfahrtsstaat ist die **solidarische Bürgergesellschaft**, in der Menschen Verantwortung für sich und andere übernehmen. Ihre Mitglieder sind selbstbewusste Persönlichkeiten, die sich in Freiheit aktiv um Chancen bemühen.

1.4.2 „Sozial“

Die Sozialpolitik der FDP verfolgt das Ziel, heute und in Zukunft jedem Bürger ein menschenwürdiges Leben in Freiheit und Eigenverantwortung zu ermöglichen. Das bedeutet, für sozial bedürftige Menschen das Existenzminimum zu sichern.

Neben der an der Bedürftigkeit orientierten Grundsicherung erfordert das Ziel auch die Verpflichtung des Einzelnen, für eine entsprechende Mindestabsicherung gegen die Lebensrisiken Krankheit, Unfall, Alter, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit Sorge zu tragen.

Zu beachten sind die Nebenbedingungen

- Kosten-Nutzen-Verhältnis, denn das Sozialsystem muss letztlich von den Bürgern bezahlt werden
- Generationengerechtigkeit, hier zu gehört auch für Chancengleichheit für Kinder aus sozial benachteiligten Haushalten zu sorgen

Für uns gilt zudem das **Subsidiaritätsprinzip**, nach dem jede Ebene bis zu ihrer jeweils zumutbaren Belastungsgrenze selbst verantwortlich ist: Selbsthilfe kommt vor der Unterstützung durch die Familie, vor Hilfe aus der Gesellschaft und diese vor staatlichen Leistungen.

Andererseits ist für uns klar: Marktgerechte Löhne für Geringqualifizierte werden in Deutschland angesichts weltweiter Konkurrenz vielfach nicht Existenz sichernd sein können, das Gebot existenzsichernder Mindestlöhne wiederum würde die Erwerbsbeteiligung vieler gefährden. Deshalb wollen wir das am Markt erzielte Einkommen nötigenfalls durch die Solidargemeinschaft mit unserem **Bürgergeld** zu einem Mindesteinkommen anheben. Die FDP will dazu die kaum zu durchdringende Vielzahl steuerfinanzierter sozialer Hilfen in einem einzigen Transfersystem bündeln und mit der Einkommensteuer verrechnen. Bisher werden 155 Sozialleistungen von 37 Stellen verteilt, das ist ineffizient, zu wenig treffsicher und viel zu bürokratisch. Das Bürgergeld ist kein bedingungsloses Grundeinkommen, die Berechnung der Höhe des Anspruchs berücksichtigt deshalb Einkommen, Vermögen oberhalb bestimmter Freibeträge und Unterhaltsansprüche aller Personen der Bedarfsgemeinschaft.

2. Abgrenzung zu anderen Parteien

Die FDP als Partei des organisierten Liberalismus unterscheidet sich durch ihr Bekenntnis zu Vernunft, Vielfalt und Wettbewerb von allen anderen Parteien, die Fortschritt durch Staatsgläubigkeit und Staatsinterventionismus erreichen wollen.

Die FDP ist die einzige politische Kraft, die den vom Bundespräsidenten unter der Überschrift „Arbeit hat Vorfahrt“ angemahnte Kurs der wirtschaftlichen Vernunft und ordnungspolitischen Erneuerung Deutschlands verfolgt. Die Liberalen sind die einzige politische Vertretung der Reformoptimisten.

Sie stehen damit allein in der Verantwortung, den Wählern ein alternatives Politikangebot zu unterbreiten und für die erforderlichen, heute aber noch als „marktradikal“ dämonisierter Veränderungsprozesse zu werben:

- ein einfaches, niedriges, gerechtes **Steuersystem** mit einer deutlichen Senkung der Steuertarife; zur Nettoentlastung der Familien sollen die Grundfreibeträge für Erwachsene erhöht sowie Freibeträge für jedes Kind in gleicher Höhe gewährt werden. Abschaffung der Steuerklasse V; Aufwendungen für Tagesmütter, Haushaltshilfen oder Pflegekräfte sollen bis 12.000 € als Sonderausgabe abzugfähig sein
- die **Haushaltskonsolidierung** durch die Begrenzung der Staatsausgaben anstelle der Ausweitung der Staatseinnahmen
- die **Deregulierung des Arbeitsmarktes**
- einer **Reform des Arbeitsrechts**; jeder Arbeitnehmer muss weiter vor willkürlichen Kündigungen geschützt werden, die darüber hinausgehenden Bestimmungen sind aber Einstellungshemmnisse und führen zu Arbeitsgerichtsprozessen statt zum Arbeitsplatzzerhalt; deshalb brauchen wir den Mut zu einem beschäftigungsfreundlichen Kündigungsschutz
- ändern des **Betriebsverfassungsgesetzes** so, dass Vereinbarungen auf betrieblicher Ebene zwischen Unternehmen und Belegschaftsvertretung zulässig sind, sie freiwillig geschlossen wurden und 75% der abstimmenden Mitarbeiter zugestimmt haben; beseitigen Gewerkschaftsprivileg bei der Zusammensetzung des Aufsichtsrates
- die Neugründung der **Sozialversicherungssysteme** mit einer Reduzierung der Beitragslast
- die **Arbeitslosenversicherung und –vermittlung** von Grund auf neu organisieren, eine echte Versicherung und befreit von versicherungsfremden Leistungen; die Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit soll in einer dreigliedrigen Struktur (Versicherungsagentur, kleinere Arbeitsmarktagentur, kommunal geführte Job-Center) neu geordnet werden
- Altersversicherung gleitend in Richtung privater Kapitaldeckung umbauen; unsere Vision ist es, langfristig eine vollständig **kapitalgedeckte Alterssicherung** mit einer Pflicht zur Versicherung

zu erreichen; wir wollen einen flexiblen Renteneintritt ab dem 60. Lebensjahr und wer zu seiner Rente hinzuverdienen will, soll dabei nicht bestraft werden – das ist fair

- eine bezahlbare **medizinische Versorgung** für alle; Wahlfreiheit, Wettbewerb und Transparenz sind die Eckpfeiler; die FDP fordert statt der gesetzlichen KV eine Pflicht zur privaten Versicherung derjenigen Risiken, die den Einzelnen finanziell überfordern könnten; Ärzte werden von den gesetzlich vorgeschriebenen Budgets und überbordenden Regelwerken, Vorschriften und Kontrollen befreit
- eine Finanzreform der gesetzlichen **Pflegeversicherung** mit strukturellen Veränderungen verbinden;
- die Investition in **Bildung und Innovation**, um unseren Wohlstand zu sichern, muss neues Wissen schneller entstehen als anderswo, Wissen ist die entscheidende Ressource und Tempo ist der Erfolgsfaktor im internationalen Wettbewerb
- **Abbau von Bürokratie**;
- als Übergangsenergie müssen wir die **Kernenergie** so lange nutzen, wie wir sie noch nicht durch erneuerbare Energien ersetzen können, hier ist der Zusammenhang zwischen Co2- Belastung und der friedlichen Nutzung der Kernenergie zu bedenken. Ziel muss es sein, durch erneuerbare Energien insbesondere die Co2-intensiven Energieträger (heute: 10% erneuerbare Energien, 30% Kernenergie und 60% fossile Energieträger) zu ersetzen – und dann auch die Kernenergie abzulösen, damit die Energiepreise noch bezahlbar bleiben

3. Gemeindeordnung (NRW)

Inhalte einer Reform der Gemeindeordnung, deren Kernpunkte folgende sind:

Eine Entkoppelung der Wahl der Bürgermeister und Landräte von der Kommunalwahl findet – auf die *Amts-dauer* bezogen – erstmals im Jahre 2009 statt. Gewählt wird dann zwar letztmals noch an ein und demselben Tag, allerdings mit unterschiedlicher Amtszeit: Rats- und Kreistagsmandate werden weiterhin für die Dauer von 5 Jahren vergeben; Bürgermeister und Landräte werden für die Dauer von 6 Jahren gewählt. Im Jahre 2015 wird dann erstmals auch der *Wahl-termin* von der Kommunalwahl entkoppelt. Eine Stichwahl entfällt.

Eine Einführung des Kumulierens und Panaschierens findet *nicht* statt.

Bereits mit Wirkung zur Landtagswahl 2010 wird das im Koalitionsvertrag vereinbarte Zwei-Stimmen-Wahlrecht eingeführt.

Parteien, die die absolute Mehrheit der Stimmen haben, sich bisher aber nicht in der Anzahl der Mandate unterscheiden, erhalten ein Zusatzmandat.

Neugründungen kommunaler Gesellschaften sind mit dem Datum der Einbringung der Gesetzesnovelle zur GO (in Kürze erwartet) nicht mehr ohne weiteres möglich: Es muss für Ausnahmen ein dringender Zweck und eine quasi Unerfüllbarkeit durch Private nachgewiesen werden. Für bestehende kommunale Unternehmen gilt Bestandsschutz.

4. ~~Kommunalwahl 2009~~

5. Kommunale Themen

5.01 Förderung des Wirtschaftsstandortes

Die FDP setzt auf die Bürger und ihre private Initiative. Dies schafft Arbeitsplätze und Wohlstand in der Region. Motor ist hierbei vor allem der Mittelstand, der auch in konjunkturell schwachen Zeiten Arbeits- und Ausbildungsplätze bereitstellt. Liberale Wirtschaftspolitik stärkt und unterstützt mittelständische Strukturen und schafft mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen.

Mit dem neuen Gewerbegebiet wurde ein weiterer Schritt zur Wirtschaftsförderung getan. Diese Tendenz gilt es auszubauen und zu begleiten. Durch **unternehmensnahe Infrastruktur- und Förderungsmaßnahmen**, durch **niedrige Belastungen** hinsichtlich Steuern und sonstigen Abgaben und durch schnelle und einfach zu beantragende Genehmigungen von Investitionsvorhaben müssen vorhandene Unternehmen gefördert werden. Gleichzeitig gilt es, mit optimalen Rahmenbedingungen offensiv um die Ansiedlung von Unternehmen zu werben. Wir fordern einen „**Investitionslotsen**“ in der Verwaltung, der sich schnell und möglichst unbürokratisch um die Belange der ansässigen und neu hinzukommenden Gewerbe sorgt und Neugründer berät. Diese Stelle soll zugleich die Unternehmen beraten, welche Fördermöglichkeiten aus EU und anderen Mitteln bestehen.

Interkommunale Zusammenarbeit und Öffentliche-Private-Partnerschaften („**Public-Private-Partnership**“) bieten überdies geeignete Instrumente, die öffentliche Hand in ihrem Wirtschaften auf nötige Kernbereiche zu reduzieren und diese für den Bürger durch entstehende Synergieeffekte kostengünstig betreiben zu können.

Die Hövelhofer Einrichtungen müssen auf ihre Potentiale im Hinblick auf eine mögliche **Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden** untersucht werden, und wo nötig und möglich ist eine solche anzustreben. Die von der FDP landesweit geförderten Zweckverbände sind hierfür ein gerade für Kommunen attraktives und günstiges Kooperationsmodell.

Kommunen stehen in einem starken Konkurrenzkampf hinsichtlich ihrer Wirtschaftspolitik. Jeder potentielle Investor hat eine Vielzahl von Standorten zur Auswahl und wird sich für den Ort entscheiden, welcher ihm die besten Rahmenbedingungen bietet und ihm, aber auch seiner Familie, die besten Entwicklungsmöglichkeiten bietet. Neben den genannten Maßnahmen schaffen wir zusätzlich mit unserer Umwelt-, Schul-, Kultur- und Tourismuspolitik in Hövelhof ein hohes **Maß an Lebensqualität** durch diese sogenannten „weichen Faktoren“, was ein weiteres Argument für Arbeitgeber und Arbeitnehmer schafft, sich hier anzusiedeln und hier zu investieren. Durch ein speziell für Unternehmer zugeschnittenes Marketingkonzept soll Hövelhof um Ansiedlungen werben und zur Verbesserung des Standortes beitragen.

Status

Zielsetzung

- Beratungsstelle für Berufsanfänger / Neugründungen einrichten
- Lehrstellenangebote von Hövelhofer Unternehmen zusammen-tragen
- Identifikation von Fachkräftemangel durchführen
- Marktlücken in Hövelhof identifizieren
- Bestandsbetreuung
- Standortmarketing

5.02 Infrastruktur, Ortskern

Einhergehend mit der wirtschaftlichen Förderung ist generell auf eine sinnvolle und zukunftsgerechte kommunale Entwicklung zu achten. Um eine gute Lebensqualität zu erreichen, ist mit Augenmaß zu planen. Hövelhof muss als wachsende Gemeinde nicht nur genügend Bauland anbieten, sondern durch eine moderate Preispolitik gerade jungen Familien Chancen bieten. **Familienfreundliche Maßnahmen** müssen einen bedeutenden Schwerpunkt bei der Planung von Baugebieten haben. Der Einsatz von Spielstraßen und verkehrsberuhigten Zonen ist hier ein gutes Mittel, wobei jedoch auch wohnortsnahe Freizeit- und Spielmöglichkeiten angeboten werden müssen. Spielplätze sind nicht nur in ausreichender Zahl einzurichten, sondern vor allem mit vielseitigem und kindgerechtem Spielzeug zu bestücken. Zudem ist einer „Zersiedelung“ der Landschaft vorzubeugen, ist hierbei gerade auf eine **Schließung von Baulücken** zu achten.

Gerade in der Entstehungsphase von Gewerbegebieten ist auf eine **ausreichende und bedarfsgerechte Verkehrsanbindung** zu achten. Dies kommt nicht nur der Wirtschaft zu Gute, sondern verringert auch Ärgernisse über zu hohes Verkehrsaufkommen in der Bevölkerung. Stossen Gewerbegebiete auf Wohngebiete, so ist auf eine Trennung dahingehend zu achten, dass die Anwohner nicht durch den gewebetypischen Lärm mehr als nötig belästigt werden. Schon heute lässt sich absehen, an welchen Stellen ansonsten Spannungen auftreten können.

Erschließungskosten sind durch den Bau und Einsatz modernster und flächensparender Einrichtungen weitmöglich zu reduzieren. Hierbei müssen ständig neue Tendenzen bedacht werden.

Für die kommunale Entwicklung ist ein **Verkehrskonzept** unerlässlich. Hierbei gilt es, die Wünsche der Bürger nach Mobilität mit den Zielen der Gemeindeentwicklung, der Verkehrssicherheit und dem Verkehrslärm in Einklang zu bringen. Gewerbeverkehr muss bestmöglich um die Ortskerne geleitet werden. Gerade in Bereich von Schulen und Kindergärten müssen Einrichtungen wie Ampeln und Zebrastreifen installiert

werden. Mit einer wachsenden Gemeinde wächst auch der Lärm, welcher mit Mobilität einhergeht. Daher ist bei jedem Bauvorhaben auf den Lärmschutz zu achten und bereits bestehende Anlagen sind in punkto **Lärmschutz** zu optimieren und umzubauen.

Überdies gilt es, gerade den Zustand der Überland- und Landstraßen zu verbessern. Gerade diese nehmen einen immer größeren Stellenwert ein und werden von Bürgern genutzt, um Naherholungsgebiete zu erreichen.

Hövelhof verfügt über ein gut ausgebautes **Radwegenetz**. Es mangelt jedoch an Fahrradspuren gerade an den Hauptverkehrswegen. Hierdurch weichen Radfahrer auf Gehwege aus oder geraten aufgrund der fehlenden Trennung in gefährliche Situationen mit Kraftfahrzeugen. Besonders im Bereich der Schulen und Kindergärten, aber auch an Hauptstraßen werden wir uns für eine Einrichtung von Fahrradspuren einsetzen.

Status

Zielsetzung

Wir wollen forcieren, dass Hövelhof weiterhin eine erfolgsbringende Identifikation erreicht durch: Starkes Gewerbe, intelligente Verkehrsleitsysteme (aber keine Durchfahrtsverbote),

5.03 Sicherheit

Eine Gefahr für den Rechtsstaat stellen die Vollzugsdefizite dar, sie höhlen den Respekt vor dem Recht ebenso aus, wie sie das Rechtsbewusstsein untergraben. Recht muss deshalb durchgesetzt werden und durchgesetzt werden können.

Ein wichtiges Bedürfnis der Bürger ist die **Sicherheit und öffentliche Ordnung** im umfassenden Sinn. Diese muss bei jeglicher Planung Berücksichtigung finden. Eine ausreichende Ausleuchtung der Straßen, aber auch von Bushaltestellen etc. ist zu beachten.

Eine spezielle Anlaufstelle in der Verwaltung soll gewährleisten, dass Sorgen und Vorschläge der Bürger beachtet und ggf. an zuständige Stellen wie die Polizei weitergereicht werden.

Status

Es sind zwei Polizeibeamte hier vor Ort, diese werden durch Streifenfahrten der Wache Paderborn Schloß-Neuhaus unterstützt. Die Wache Hövelhof ist dienstagnachmittags und donnerstagsmorgens besetzt.

Des Weiteren hat Hövelhof auch ein Ordnungsamt das mit 2 Beamten besetzt ist und die erst Anlaufstelle für die Bürger darstellt, da die Polizeiwache nicht rund um die Uhr besetzt ist.

Das Ordnungsamt ist für alle Belange in Sachen Sicherheit und Ordnung in der Gemeinde zuständig. Seit gut einem Jahr sind die Beamten das Ordnungsamt an Freitagen und Samstagen im Zeitraum von 21 bis 3Uhr morgens in Hövelhof auf Streife. Dabei suchen sie vor allem die Brennpunkte der Gemeinde auf, um eventuellen Straftaten vorzubeugen. Die Beamten des Ordnungsamtes werden bei dieser Tätigkeit von privaten Wachunternehmen unterstützt, so dass sich in diesem Zeitraum, zusätzlich zur Polizeistreife, zwei weitere Teams mit je zwei Mann in der Gemeinde auf Streife befinden, um die erforderliche Sicherheit zu gewährleisten. Diese Einsatzkräfte sorgen auch bei öffentlichen Veranstaltungen im Ort für Sicherheit.

Zielsetzung

Die Aufklärung bei Gewaltdelikten liegt bei ca. 85% und wird konsequent durchgeführt. Der Polizei sind die Brennpunkte der Gemeinde wohl bekannt und es wird versucht, diese durch stärkere Präsenz zu entschärfen. Ebenso wird angestrebt, den Einsatz von Streifenwagen rund um die Uhr zu gewährleisten.

Aufgrund der vorliegenden Unfallzahlen sollen auch weiterhin Verkehrskontrollen im Ort durchgeführt werden. Hierbei ist die Mithilfe der Bürger gefragt.

5.04 Touristik / Freizeit

Hövelhof ist eine Gemeinde mit hohem Erholungswert und steht ihren Nachbargemeinden in nichts nach. Gerade deswegen muss sie noch offensiver um Touristen und Ausflügler werben und auf ihr vielseitiges Angebot hinweisen. Das bestehende Radwege- und Wandernetz ist hierbei besonders herauszustellen.

Die Rolle und der Stellenwert unserer Gemeinde als **Naherholungsgebiet** mit ansprechenden gastronomischen Angeboten am Rande des Ballungsraumes der Stadt Paderborn müssen deutlicher als bisher angepriesen werden. Anstatt kleinräumiger Werbung von Gebietskörperschaften muss eine gemeinschaftliche Werbung stattfinden. Auf die bestehenden Einrichtungen, aber auch auf landschaftlich reizvolle Gebiete ist deutlich mit Schildern aufmerksam zu machen und der Weg zu ihnen zu weisen.

Die Büchereien sollen zur Durchführung öffentlicher Lesungen angehalten werden und offensiver für ihre Einrichtung und deren Ausstattung werben. So lassen sich die Benutzerzahlen steigern. Um die eingesetzten öffentlichen Mittel im Rahmen zu halten, sollte die Option offen bleiben, gewisse Medien wie aktuelle DVD's oder CD's mit einer geringen Ausleihgebühr zu belegen.

Status

Zielsetzung

- Öffentlicher Freizeitpark außerhalb von Hövelhof
- Ausweisen Anlaufpunkt für Radtouren
- Angebote erweitern mit z.B.
 - großem Spielplatz, Halbröhren für Skater, Beach-Volleyball-Platz,
 - Biergärten und überdachte Grillplätze
 - Rodelbahn etc.

5.05 Energie, Umwelt

Umweltschutz ist in erster Linie eine Angelegenheit aller Bürgerinnen und Bürger und reicht in die verschiedensten Bereiche unseres Gemeindelebens hinein. Zudem ist ein nachhaltiger Umgang mit den Ressourcen eine Versicherung für unsere Kinder.

Die Gemeinde soll mehr auf **öffentlich-rechtliche Verträge** setzen, in welchen auch die Wünsche der betroffenen Bürger ausgleichend zu den Anforderungen der Gesetze und den Vorstellungen der Gemeinde geregelt werden. Verbote, Verwaltungsakte und „herrschaftliches Verwaltungshandeln“ sind hier nicht nur unzeitgemäß, sondern in Hinblick auf den Umweltschutz auch kontraproduktiv. Auf Dauer sind nicht Verbote, sondern das Verantwortungsgefühl der Bürgerinnen und Bürger Garant für den Erhalt der Umwelt!

Wie auch in anderen Teilen des Paderborner Landes wird die Schönheit unserer heimischen Landschaft durch **Windenergie**anlagen massiv beeinträchtigt und verschandelt. Wir sehen zwar die Notwendigkeit, in der Energieversorgung auch auf regenerative Möglichkeiten zu setzen. Doch gerade die Windenergie in der jetzigen Form ist für viele Bürger belästigend und ärgerlich. Die gesetzliche Lage zwingt unsere Gemeinde dazu, Flächen für Windenergiegewinnung auszuweisen, lässt ihr aber dabei noch Spielräume. Wir fordern daher, der „**Verspargelung**“ unserer Gemeinde vorzubeugen und keine weiteren Flächen auszuweisen. Die Bestimmungen über die zulässige Größe der Anlagen sollen verschärft werden. Wir wollen keine Riesenanlagen (moderne Windräder sind inzwischen höher als der Kölner Dom!).

Im Gegensatz zu Windkraft setzt die FDP Hövelhof auf andere **alternative und weniger belästigende Techniken**. Hierzu gehört in vor-derster Linie der Einsatz von Fotovoltaik (Solarenergie), Holzpelletsheizungen, Wärmepumpen bzw. eine moderne Bauweise zur Reduzierung von Energieverlust.

Die Gemeinde Hövelhof sollte sich mehr der Zukunft verschreiben und sich aktiver am Umweltschutz beteiligen. Hierzu gehört es, ihre Bürger

aktiv über ihre Möglichkeiten aufklären und Bauherren zu begleiten. Ebenso sollte die Gemeinde Inhaber von bereits bestehenden Bauten ansprechen und dabei auch auf Einsparpotentiale verweisen. Hierzu gehört die Einführung eines **beratenden Umweltschutzbeauftragten**, wie er in allen großen Unternehmen und Einrichtungen längst zum Standard gehört. Dieser soll gezielt Informationen über die Umwelt, ihre Gefährdung und Lösungsmöglichkeiten erstellen und allgemein zur Verfügung stellen. Denn wer die Umwelt nicht ausreichend kennt, dem fehlt auch der Anreiz, sie zu schützen und sein Verhalten auf ihre Anforderungen einzustellen.

Dessen Aufgabe soll es zudem sein, ein **kommunales Energiemanagement** zu errichten. Die Energiebilanz öffentlicher Gebäude und Einrichtungen wie Schulen, Gemeindehäuser oder etwa die Straßenbeleuchtung ist zu optimieren und wo es möglich ist, sollen hierfür alternative Energieformen und Einsparpotentiale bestmöglich genutzt werden.

Ein effektiver Umweltschutz unter Einbezug der Öffentlichkeit setzt zudem einen **einfachen und transparenten Zugang zu Umweltinformationen** voraus. Dies ermöglicht zudem eine wirksame Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen. Die Hövelhoferinnen und Hövelhofer sollen ohne Geltendmachung eines speziellen Interesses Umweltinformationen besser einsehen und erhalten können. Die Hövelhofer sind über diese Möglichkeiten besser zu unterrichten.

Allgemein gehört für die FDP auch **Biogas** zu einer Technik, welche sich gerade im ländlichen Raum anbietet. Diese Anlagen haben nicht nur einen hohen Wirkungsgrad, sondern erzeugen zudem hochwertigen Dünger für die Landwirtschaft. Bei der Einrichtung ist jedoch darauf zu achten, dass die Sicherheit und der Schutz der Anwohner und der Umgebungsnatur immer im Vordergrund stehen. Unfälle wie in Henglarn sind katastrophal und beruhen auf unverzeihbaren Planungs- und Baufehlern. Die Gemeinde, die in Genehmigungsverfahren einbezogen ist bzw. diese je nach Anlagengröße und -typ selber durchführt, ist anzuhalten, demnächst stärker auf diese Punkte zu achten. Zudem ist planungsrechtlich ein **Vorzugsgebiet für Biogasanlagen** auszuweisen, welches alle Anforderungen an die Sicherheit gewährt und gleichzeitig Belästigungen für die Bürger verhindert.

Ein bisher in Hövelhof völlig vernachlässigtes Themenfeld ist die Belastung der Bürgerinnen und Bürger durch **Umweltlärm**. Die wachsende Wirtschaft in OWL und das steigende Mobilitätsbedürfnis der Menschen sowohl für den Beruf als auch in der Freizeit sorgen für immer mehr Belästigung durch Lärm. Der Begriff „**Umweltstress**“ beschreibt die Folgen dieser Lärmeinwirkung. Schlafstörungen, Konzentrationsschwäche und Herz-Kreislauferkrankungen können auftreten, zudem haben Untersuchungen gezeigt, dass eine oft angenommene „Lärmgewöhnung“ nicht stattfindet und z.B. der Straßenlärm durchgehend unterbewusst wahrgenommen und verarbeitet wird.

Aufgrund einer EU-Verordnung werden nun auch in Deutschland Lärmkarten erstellt, aus welchen die Einwohner die Lärmbelastung in ihrer Gemeinde, bis hin zu ihrem Haus, nachvollziehen können. Anschlie-

Bend sollen Aktionspläne erstellt werden, um die Belastung zu verringern.

Da jedoch zuerst nur die Ballungsräume sowie Hauptverkehrswege wie Autobahnen untersucht werden, können wir in Hövelhof noch lange auf Besserung warten.

Deshalb fordert die FDP Hövelhof, dass schon jetzt Untersuchungen gestartet und Maßnahmen für **aktiven Lärmschutz** unternommen werden. Die nach den Gesetzen geltenden Lärmhöchstgrenzen sind ständig zu überprüfen. Neue Projekte sind streng auf den Lärmschutz auszurichten, ist diesem nicht Genüge getan, so ist er einzufordern. Bürger sind über Möglichkeiten des passiven Lärmschutzes aufzuklären, ihre Ängste und Sorgen sind bei der Planung von Bauvorhaben zu berücksichtigen. Nur so kann die Akzeptanz für neue Projekte verbessert und einer ablehnenden Haltung vorgebeugt werden. Dies erleichtert Investitionen und den Ausbau und die Verbesserung des Verkehrsnetzes, was ein wichtiger Beitrag für die Entwicklung unserer Gemeinde ist. Die Belange der Mobilität und die Verminderung des Umweltlärms sollten ein steter Punkt einer gewissenhaften Abwägung sein und müssen bestmöglich in Einklang gebracht werden.

Auch die **Abwasserentsorgung** ist in diesem Zusammenhang für uns ein Thema. Hierbei ist zum einen der Zustand der Kanalanlagen ständig zu prüfen. Undichte Kanalanlagen sind in fast allen Gemeinden ein Problem und vergiften nach und nach unser Erdreich und damit unser Grundwasser.

Um eine solche Prüfung und Instandhaltung kostengünstig zu gewährleisten, ist der Wettbewerb privater Anbieter zu nutzen.

Die wichtige **Rolle der Landwirtschaft** in Bezug auf den Erhalt der Kulturlandschaft ist zu fördern und in einer engen Zusammenarbeit mit den Betroffenen weiter zu entwickeln.

Status

Zielsetzung

- Industriegebiete in ein Energiekonzept einbinden bei Erweiterung der Industriegebiete; damit Insellösungen vermeiden; ggf. leistungsfähige Anlagen in Eigenregie erstellen
- Sicherstellen, dass Vorkehrungen geschaffen werden für Versorgungsleitungen, Alternativenergien
- Konzepte erstellen unter Berücksichtigung der Einbindung der Mitbürger

5.06 Haushalt, NKF

Politische Forderungen und geforderte Investitionen kosten Geld und belasten den Haushalt. Auch unsere Forderungen werden nicht umsonst realisierbar sein. Schließlich sind es Ihre Gelder, welche wir nur verwalten und mit bestmöglichem Gewinn und zu Ihrem Vorteil einsetzen.

Wir haben daher darauf geachtet, dass wir mit unseren Vorstellungen und Forderungen auch **Einsparpotentiale** schaffen, welche als Rücklage genutzt oder für die Realisierung unserer Politik verwendet werden können. Zudem sehen wir den Zusammenhang zwischen Investition und deren Nutzen, eine **zukunftsgerichtete Politik** wie wir sie betreiben bedarf jetzt der richtigen Weichenstellungen.

Wir wollen kein Geld einsetzen, welches sich nicht auf lange Zeit gesehen auszahlt. Zwar geht es der Gemeinde Hövelhof augenscheinlich gut, als eine der wenigen Kommunen im Kreis ist sie finanziell ausgeglichen aufgestellt. Dennoch sehen wir an mehreren Stellen Einsparungen, Verbesserungsmöglichkeiten. Ein solider Haushalt verleitet dazu, sich Dinge zu gönnen, welche nicht oder nicht in diesem Ausmaß notwendig sind und vorhandene Sparmöglichkeiten vielleicht sogar wesentlich zu übersehen. Solche Punkte wollen wir finden und verbessern. Das sind wir nicht nur Ihnen, sondern im Rahmen der **Generationsgerechtigkeit** auch unseren Kindern schuldig. Schließlich sollen sie sich später in unserer Gemeinde und Gemeinschaft genau so wohl fühlen können wie wir.

Die von uns geforderte schlanke und moderne Verwaltung mit der Nutzung der elektrischen Medien spart nicht nur aufwendige Verwaltungskosten, sondern gibt den Gemeindemitarbeitern die Möglichkeit, mehr Zeit in den **Service für die Bürger** zu investieren. Durch eine ökologische Ausrichtung öffentlicher Gebäude ergeben sich **Energie- und Betriebskostensenkungen**.

Das von uns unterstützte Konzept des **Investitionslotsen** erhöht durch dessen Tätigkeit die Gemeindeeinnahmen. Und durch die notwendige Eindämmung gemeindeeigener Betriebe und die Aufgabenübertragung auf Privatunternehmen spart die Gemeinde nicht nur Geld, indem sie Personal und Material nicht auf Verdacht bzw. auch bei Unterauslastung vorhalten muss, sondern stärkt zudem den regionalen Mittelstand als Wachstums- und Wohlstandsgarant. Zudem werden wir bei allen vorhandenen und geplanten kommunalen Einrichtungen auf **alternative Betriebs- und Beteiligungsformen** wie Privat-Öffentliche Partnerschaften (**Public-Private-Partnerships**) oder auf **Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit Nachbargemeinden** achten. Und Investitionen in Jugend, Schule und Bildung sind die beste Versicherung für die heutige Generation.

Als mündiger und eigenverantwortlicher Bürger haben Sie ein Recht darauf zu erfahren, was mit Ihrem Geld geschieht. Wir werden uns daher für die liberale Idee des „**Bürgerhaushalts**“ stark machen, wobei die Bürgerinnen und Bürger verständlich über den Haushalt informiert

werden und wir in einem Dialog Ihre Meinung einholen und diskutieren wollen.

Status

Zielsetzung

Ab 2009 sind alle Gemeinden in NRW verpflichtet, neben den bekannten Haushaltsplänen zusätzlich eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung zu erstellen. Sie dient der Darstellung der tatsächlichen Vermögens- und Ertragslage der Gemeinde Hövelhof. Die FDP Hövelhof fordert, dass die Gemeinde Hövelhof ihre Verbindlichkeiten konsequent reduziert und auch in wirtschaftlich schwachen Zeiten auf die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung ihrer Verwaltungsaufgaben verzichtet. Rücklagen, insb. Barmittel und ähnliche Anlagen sollen weiterhin aufgebaut werden. Investitionskredite können weiterhin aufgenommen werden, soweit sie der Finanzierung von zukunftsgerichteten Projekten dienen.

Außerdem hat die Gemeinde Hövelhof ab 2009 eine Kosten- und Leistungsrechnung zu erstellen. Hierfür gibt es keine detaillierte gesetzliche Vorgabe vom Gesetzgeber. Es wird lediglich ein grober Produktrahmen vorgegeben. Ziel ist es, die einzelnen Leistungsarten der Gemeinde Hövelhof dem Bürger darzulegen.

Die FDP Hövelhof fordert, den Produktrahmen des Landes NRW mit 17 Produktbereichen so zu erweitern, dass möglichst viele einzelne Produkte gebildet werden. Hierdurch erhält das Rechenwerk eine wesentlich größere Transparenz. Außerdem fordert die FDP Hövelhof, dass die Gemeinde jährlich darlegt, in welchen Produktbereichen eine Erhöhung der Leistungen oder eine Kostensenkung stattgefunden hat und mit welchen Maßnahmen die Ergebnisse erreicht wurden. So wird jedem Bürger klar, wofür die Gemeinde Hövelhof Steuergelder ausgibt und was damit erreicht wird. Außerdem können die Produktkosten mit den Kosten anderer Kommunen verglichen werden, was ebenfalls zu einer erhöhten Transparenz führt.

5.07 Kinder, Jugend, Schule

Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Die Kommunen als Träger der Schuleinrichtungen trifft hier eine besondere Verantwortung. Verbundschulen bieten die Möglichkeit, gerade im ländlichen Gebiet möglichst viele Schulen trotz sinkender Schülerzahlen zu erhalten und auch finanziell vertretbar betreiben zu können. Zudem können in vielen Teilen der Gemeinde hierdurch neue Schulformen angeboten werden. Die entstehenden Synergieeffekte beim Lehrpersonal, der Nutzung der

Räumlichkeiten, der Verwaltung sowie der Einrichtung sind ein weiterer positiver Effekt. Überdies lässt sich eine **Ganztagsbetreuung** somit leichter realisieren.

Durch den integrativen Charakter der Verbundschulen steigt zudem die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen. Durch die Bündelung der Schüler auf einen Schulkomplex steigen die Möglichkeiten, mit vor Ort ansässigen außerschulischen Partnern - wie etwa potentiellen Arbeitgebern - Projekte, Praktika oder Aktionstage durchzuführen und die **Berufschancen** der Schüler deutlich zu verbessern.

Wir werden uns daher für eine Ausweitung dieser Schulform einsetzen und auch die damit einhergehenden Fragen wie den Transport der Schüler bedenken. Der Wunsch nach Ganztagschulen ist gemeindeweit hoch und kann durch die Verbundschulen bestens angeboten werden. Ebenfalls werden wir auf eine gesunde und ausgewogene Ernährung an den Schulcafeterien bzw. Mensen achten. Eine Teilnahme an bereits entwickelten Schulspeiseprogrammen ist anzustreben und einer modernen Schule würdig.

Das dreigliedrige Schulsystem muss erhalten und unterstützt werden, eine gleichmachende Einheitsschule lehnen wir als nicht ziel führend ab. Eine niedrige Klassenstärke ist Voraussetzung für einen qualitativ hochwertigen Unterricht. Auch hier war unsere Landesregierung aktiv und hat mit der Festsetzung der zulässigen Schülerzahl auf max. 30 pro Klasse die Regelungen der alten Landesregierungen korrigiert und verbessert.

Neben dem Thema der Verbundschulen gilt es aber auch, bestehende Einrichtungen zu verbessern. Lehrer sind in ihrer Aufgabe der Individualförderung ihrer Schüler nach Kräften und zum Besten der Schüler zu unterstützen. Der Einsatz von modernen Computern zur notwendigen Vermittlung von Medienkompetenz sowie aktuellen Lehrmaterialien ist dabei grundlegend und von der Gemeinde sicherzustellen.

Marode Bausubstanz ist zu beheben und die Reinhaltung der Gebäude sicher zu stellen. Mobiliar etc. sollte in ausreichenden Abständen erneuert werden. Durch diese Maßnahmen verbessert sich das Lernklima. Räumlichkeiten sollen zudem stärker auch außerhalb der Schule für Vereine etc. nutzbar gemacht werden. Außerdem müssen durch von der Gemeinde begleitete Aktionen und Praktika gerade die Rolle der Hauptschule als Berufsvorbereitungszeit Stärkung finden.

Die Grundsätze für die Schulen lassen sich auf **Betreuungseinrichtungen** für Kinder übertragen. In diesen wird der Grundstein für eine erfolgreiche Ausbildung, aber auch für das Sozialverhalten der Kinder gelegt. Hier ist auf eine kindgerechte Ausstattung zu achten, aber auch auf ansprechende Lehr- und Lernmaterialien, so dass sich die neuen Anforderungen aus dem Kinderbildungsgesetz bestmöglich erfüllen lassen. Das Ganztagsangebot ist auszubauen und noch familien- und berufsfreundlicher zu gestalten.

Zudem treten wir dafür ein, auch die Bürger Hövelhofs in die Arbeit einzubeziehen. Gerade alte Menschen haben große Freude am Umgang mit Kindern und können für Vorlesestunden o.ä. eingebunden werden.

Aber auch im Bereich der **Erwachsenenbildung** müssen Anstrengungen unternommen werden.

Hierzu gehören Veranstaltungen zu aktuellen politischen Themen in der Gemeinde, aber auch darüber hinaus. So soll die Gemeinde als „Serviceleistung“ Informationen zu generellen Entwicklungen, die z.B. für Familien wichtig sind, prägnant und verständlich unterrichten. Diese Aufgabe muss nicht von der Gemeinde allein gemeistert werden, sondern kann auch in Kooperation mit außergemeindlichen Partnern oder mit anderen Gemeinden erfolgen. In jedem Fall ist eine kreisweite Koordination solcher Veranstaltungen anzustreben. Das Angebot der VHS ist in der jetzigen attraktiven Form zu erhalten und weiter auszubauen.

Der liberale Sozialstaat achtet und fördert bei Kindern und Jugendlichen das Erziehungsrecht der Eltern. Er greift aber dort mit unterstützenden und notfalls restriktiven Maßnahmen ein, wo ein Teil der Gesellschaft nicht willens oder nicht fähig ist, seine Kinder zu erziehen und auf ein selbstbestimmtes Leben vorzubereiten. Die Zukunftschancen der Kinder haben für uns Vorrang.

Zu unserem Verständnis von sozialen Investitionen gehört auch, Zuwanderer zur Teilnahme an wirksamen Sprachförderprogrammen anzuhalten, die ihnen Teilhabe an Arbeit und gesellschaftlichen Leben in Deutschland erst ermöglichen.

NRW soll das Bundesland mit den besten Bildungschancen werden, es wurden im letzten Jahr zusätzlich über 250 Mio. € für Bildung und Erziehung investiert.

Status (2008 / 2009)

Name	Form	Leitung	Anz. KI/Sch		Anmerkung
Schulen					
Kirchschule	Kath. Grundschule		16 / 410		
Mühlenschule	Kath. Grundschule		8 / 199		
Furlbach-Schule	Gem. Grundschule		4 / 100		
Krollbach-Schule	Hauptschule		13 / 308		
Franz-Stock-Schule	Realschule		18 / 489		
Gesamt			59 / 1.506		
Kindergärten					
St. Johannes	Kath. Kindergarten		3 Gr.		Schloßstr.
St. Franziskus	Kath. Kindergarten		2 Gr.		Jägerstr.

Name	Form	Leitung	Anz. KI/Sch		Anmerkung
Kindergarten Herz -Jesu	Kath.Kinder-garten		2 Gr.		Junkernallee
Kommunaler Kindergarten	Gemeinde		3 Gr.		Schulstr.
Kommunaler Kindergarten	Gemeinde		4 Gr.		Bentlakestr.97
Kommunaler Kindergarten	Gemeinde		2 Gr.		Klausheide, Bentlakestr. 2
Kommunaler Kindergarten	Gemeinde		4 Gr.		Schatensstr.
Kommunaler Kindergarten	Gemeinde		1 Gr.		Espeln, Espeler Str.
Jugend-Einrichtungen					
Haus der Jugend					

Zielsetzung

5.08 Mehr Jugendbeteiligung

Die Demokratie hat ohne Nachwuchs keine Zukunft. Die **Beteiligung der Jugend** ist eine Herausforderung für Erwachsene und Jugendliche. Probleme der Generationengerechtigkeit sowie die verantwortliche Teilnahme am Gemeindeleben sind aber Aufgaben, die alle Altersstufen gleichermaßen betreffen.

Wir treten dafür ein, Jugendliche als gleichberechtigte Partner bei den sie betreffenden Entscheidungen mit einzubeziehen. Die **Eigeninitiative** von Jugendlichen muss aufgegriffen, ihre Ideen und Vorschläge müssen berücksichtigt und ihre Selbstorganisation gefördert werden. Bei allen Entscheidungen müssen die Auswirkungen für **kommende Generationen** bedacht werden.

Um Jugendliche an der Gemeindefarbeit zu beteiligen, fordern wir die Einrichtung eines **Jugendbeirats**, in welchem engagierte Jugendliche als Sprachrohr ihrer Generation Ideen und Pläne an den Rat und die Gemeinde herantragen und aktuelle Themen beraten können. Dieser ist aktiv bei betreffenden Themen einzubeziehen. Auch die Durchführung von „**Rathausgesprächen**“, in welchen sich der Bürgermeister den Fragen und Anregungen der Bürger stellt (beispielsweise auch als Onlinechat durchführbar) sehen wir als eine geeignete Maßnahme. Wenn allgemein von Jugendlichen Engagement und Einsatz für die Gesellschaft gefordert wird, ist es für uns unverständlich, weshalb im Gegenzug eine solche Einrichtung nicht besteht und das Potential und die Kreativität der Jugendlichen nicht einbezogen werden.

Dies wollen wir ändern!

Status

Zielsetzung

Was sich Hövelhof in Bezug auf die Jugend verändern müsste:

Den jungen Menschen fehlt es in Hövelhof an Einrichtungen für tagsüber oder Abend. In diesen Einrichtungen könnten Aktivitäten wie z.B. Bowling usw. angeboten werden.

Das „Hot“ ist zwar so eine Einrichtung, dort treffen sich aber die jungen Menschen, die meist zur Gewalt neigen. Diese sind nur darauf aus, in dieser Einrichtung Unfrieden zu stiften.

Vielleicht sollte in Hövelhof eine Anlaufstelle für junge Menschen eingerichtet werden, wo Sie einen Ansprechpartner für Probleme (Familie, Schule, Freunde..) hätten.

In Hövelhof gibt es viele Gaststätten (Canapé, Einstein usw.), da gehen junge Menschen auch mal hin, aber meist zieht es sie für abendliche Aktivitäten in die Stadt nach Paderborn oder Bielefeld.

Ein Grund dafür ist, der Ortskern von Hövelhof ist nicht mehr attraktiv. Das „Ausgehen“ scheint für die Jugend in Hövelhof unattraktiv geworden zu sein.

Die Konsequenz: Der Ortskern müsste sich verändern!

Es sollten weitere Veranstaltungen wie Hövelmarkt, Schützenfest etc. angeboten werden, da diese Ereignisse Anziehungspunkte für junge Menschen sind.

Man sollte eine Umfrage unter den jungen Menschen starten mit folgenden Fragen:

1. Was fehlt Dir in Hövelhof?
2. Was findet Ihr positiv in Hövelhof?
3. Was findet Ihr negativ in Hövelhof?
4. Was würdet Ihr verändern wollen in Hövelhof?
5. Ist das Freizeitangebot in Hövelhof in Ordnung?
6. Wo geht Ihr abends in Hövelhof hin zum Party machen?
7. Welches Sportangebot gibt es?

Hövelhof sollte sich als Ort verändern, damit sich die Jugend in Hövelhof wohl fühlt. Ein reichhaltiges Sport-Freizeit-Angebot würden die jungen Leute in Hövelhof annehmen und begrüßen

„Es sollte vielleicht auch über die Einrichtungen wie zum Beispiel ein Kino oder MC Donalds in Hövelhof nachgedacht werden, der Ort Hövelhof würde dadurch an Attraktivität gewinnen.“
(Zitat einer 19-Jährigen, die nicht aus Hövelhof kommt)

5.09 Vereine, Sport und Ehrenamt

Eine Gemeinde kann nicht überall und immer alles leisten. Eine Stütze unserer Gemeinde ist daher die zahlreichen Vereine und der große ehrenamtliche Einsatz der Hövelhoferinnen und Hövelhofer inner- und außerhalb derselben. Dadurch ist ein facetten- und abwechslungsreiches Gemeindewesen entstanden. Jugendliche und Neubürger finden schnell Anschluss und Integration.

Nicht zu vergessen sind zudem die sozialen Leistungen, so bei der Betreuung von Jugendgruppen oder die Einbindung alter Menschen in das Dorfgeschehen.

Damit all dies so bleibt und weiter wächst, setzt sich die FDP Hövelhof dafür ein, dass dieser Einsatz von der Gemeinde **besonders unterstützt** und **wohlwollend begleitet** wird. Dies umfasst nicht nur eine finanzielle Hilfe, sondern auch die Beratung oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten und Material. Im Gegenzug sollten mit den Vereinen gemeinsame Aktionen wie ein „Dorfputztag“ durchgeführt werden oder an diese eine Anfrage erfolgen, bei geeigneten öffentlichen Vorhaben durch ehrenamtlichen Einsatz ihre Kraft solidarisch in einem gewissen Umfang der Dorfgemeinschaft zur Verfügung zu stellen.

Auch wenn die **Förderung des Sports** für die Gemeinde eine freiwillige Leistung darstellt, betrachten wir es als eine Kernaufgabe der Gemeinde Hövelhof die Sportvereine weiterhin optimal zu unterstützen. Sport ist generell nicht nur die beste Gesundheitsvorsorge und erhöht die persönliche Lebensqualität, sondern trainiert auch das Sozialverhalten, die Leistungsbereitschaft sowie Integration und Toleranz. Auch in Schulen und Kindergärten sollen **mehr Möglichkeiten zur Bewegung** geschaffen werden.

Hierzu zählen auch z.B. die **Musikvereine**, welche zahlreiche Veranstaltungen kulturell bereichern und das Brauchtum pflegen. Hier findet ebenfalls eine Integration von Jugendlichen statt, eine musikalische Ausbildung erleichtert überdies die Lernfähigkeit. Damit diese Vereine ihre wichtige Aufgabe weiterhin wahrnehmen können, hat die Gemeinde deren Entwicklung zu fördern und stärker zu begleiten.

5.10 Familien

Familienpolitik muss in Hövelhof einen hohen Stellenwert einnehmen. Bei der Lektüre unseres Wahlprogramms werden Sie feststellen, dass wir als FDP an den verschiedensten Punkten Ideen und Vorschläge nennen, die Hövelhof **familienfreundlicher** machen und Sie und Ihre

Familie unterstützt. Wir fordern u.a. einen Ausbau von Ganztagsbetreuungsangeboten und die Einrichtung von Verbundschulen, so dass Ihre Kinder wohnortsnah die für sie geeignete Schulform besuchen können. Die **Schulen** sind zudem optimal auszustatten, bei der Bildung unserer Kinder darf nicht gespart werden. Um Sie in Ihrer Berufstätigkeit zu entlasten, setzen wir uns für eine ausreichende Zahl von Kindergärten ein, in welchen auch die **Frühbildung** unterstützt durch moderne Materialien und gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher umgesetzt wird.

Hierbei soll angemerkt werden, dass sich die FDP im Kreis Paderborn als treibende Kraft bei der **Gebührensenkung bzw. der Gebührenbefreiung** für finanzschwache Familien bei der Kinderbetreuung eingesetzt hat.

Ebenso soll die Gemeinde **mehr Service für Familien** bieten. Wer flexibel im Beruf sein soll, muss auch auf flexible Ganztagsbetreuungsangebote unterstützt durch die Gemeinde setzen können. Hierzu gehören unserer Meinung nach das Führen und die Vermittlung einer Kartei für Kindertagesmütter oder Babysitter. Auch soll die Gemeinde Konzepte der Nachbarschaftshilfe entwickeln, so dass die in vielen Gemeinden bereits bestehende Verknüpfung zwischen Jung und Alt auch in Hövelhof erfolgreich eingeführt wird.

Darüber hinaus soll die Gemeinde den Familien ein **Forum** geben, in welchem Sie Wünsche, Anregungen und konstruktive Kritik äußern und damit Hövelhof für Sie noch angenehmer gestalten können. Wir wollen Sie nicht bevormunden, Sie selber wissen, was für Sie und Ihre Kinder gut ist und benötigt wird.

5.11 Kulturförderung

Durch Veranstaltungen an den betreffenden Orten wird deren Attraktivität zudem gesteigert und die Aufmerksamkeit erhöht.

Kultur ist immer auf öffentliche Unterstützung angewiesen, lebt aber gerade auch in Hövelhof vom Einsatz der Bürgerinnen und Bürger. Die FDP steht für ein ansprechendes kulturelles Angebot. Hierzu zählen nicht nur die wichtigen Feste der Dorfgemeinschaft wie Schützenfeste, sondern auch Veranstaltungen wie Konzerte, Theater oder Lesungen. Dies stärkt nicht nur die Dorfgemeinschaft, sondern gibt auch die Möglichkeit, seine Freizeit in einem ansprechenden Rahmen zu erleben und die eigenen Möglichkeiten bzw. die eigene Kreativität zu entwickeln. Ein professionelles **Kulturmanagement** ist in einer Gemeinde wie Hövelhof unerlässlich. Als Fernziel ist zudem die Auslobung eines Kulturpreises anzudenken.

Die FDP stellt sich gegen einen Kahlschlag in der Kulturpolitik. Kultur muss nicht teuer sein, schon mit wenigen Mitteln lassen sich große Erfolge erzielen. So fordern wir die Einrichtung preisgünstiger Ateliers in öffentlichen Räumen (so z.B. Schulen) und eine Unterstützung entsprechender Fördervereine oder sonstiger Initiativen.

Zu einer modernen Gemeinde mit einer modernen Kulturlandschaft gehört es auch, außergemeindliche Partner als **Sponsoren und Förderer** einzuwerben. Diese könnten Kulturpreise stiften oder durch Spenden neue Möglichkeiten eröffnen.

Status

- Die Gemeinde unterstützt sehr den heimatlichen Bereich (wie z.B. Heimathaus)
- Der überregionale Kick wird erhofft mit dem neuen Schützen- und Bürgerhaus

Zielsetzung

Das heutige Spektrum erweitern mit besserer Verantwortungs- und Ergebniszuordnung

5.12 Senioren

Ältere Menschen sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gemeinschaft. Die meisten Senioren sind aktiv und beteiligen sich nach Kräften am Dorfleben. Ohne ihre Erfahrung, ihren unermüdlichen Einsatz und ihr Engagement wäre unsere Gemeinde um einiges weniger facettenreich. Gleichsam gehört es dazu, dass eine Gemeinde auf die Bedürfnisse alter Menschen besondere Rücksicht nimmt und es ihnen somit ermöglicht, auch trotz altersbedingter Einschränkungen **aktiv am Dorfleben mitwirken** zu können. Sie sollen in Würde altern und dabei ihr Leben möglichst selbstständig bestimmen und gestalten können. Das Stichwort der Generationengerechtigkeit gilt demnach nicht nur in Richtung der Jugendlichen, sondern auch in Richtung unserer Senioren.

Ein **barrierefreier Zutritt** zu allen öffentlichen Gebäuden muss hierbei (übrigens nicht nur im Hinblick auf Senioren!) selbstverständlich sein. Zudem tritt die FDP dafür ein, einen **Seniorenbeirat** in der Gemeinde einzurichten, welcher zu aktuellen Themen, welche unsere Senioren betreffen, Stellung nehmen, aber gleichzeitig auch eigene Forderungen, Vorschläge und Ideen über dieses Forum an die Gemeinde tragen kann. Zudem muss die Gemeinde noch mehr für ihre Senioren tun. Hierzu gehört die Unterstützung von Angeboten für diese Altersgruppe, so z.B. Fahrten oder Informationsveranstaltungen oder auch die Förderung von Altkreisen zum gesellschaftlichen Beisammensein. Dies darf nicht nur Aufgabe außergemeindlicher Einrichtungen sein. Hövelhof mit seiner reizvollen Umgebung und seinen vielfältigen Möglichkeiten sollte zudem verstärkt auf Angebote setzen, um alten Menschen, die leider nicht mehr in ihrer Wohnung alleine ihr Leben gestalten können, in angenehmer Atmosphäre betreuen zu können. Hierbei

sind besonders **integrierte Wohnkonzepte** zu fördern. Diese sollen bei der Planung von Neubaugebieten Berücksichtigung finden und dürfen nicht am Rande der Dorfgemeinschaft errichtet werden.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die **Mobilität**. Gerade alte Menschen sind beim Einkaufen, für Besuche, für den Arztbesuch etc. auf den öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Es gilt, die Busverbindungen zwischen den Gemeindeteilen, aber auch nach Paderborn generell auszubauen und preislich attraktiver zu gestalten.

Durch die Förderung spezieller **Sportprogramme** für Senioren sollen diese eine Möglichkeit erhalten, sich bis ins hohe Alter fit zu halten und somit ihre Eigenständigkeit länger und besser zu behalten.

Und ein Punkt sollte nicht unbeachtet bleiben: Viele unserer „junggebliebenen“ Senioren stellen ihre Kraft und Erfahrung gerne in den Dienst unserer Gemeinschaft. Diese Möglichkeit bietet den Senioren nicht nur eine schöne und erfüllende Aufgabe, sondern ist ein wichtiger Beitrag. Die Schaffung solcher **Entfaltungsmöglichkeiten** muss in Hövelhof verbessert und Informationen darüber müssen wahrnehmbarer an die Bürger getragen werden. Denkbar ist eine Vermittlerrolle der Gemeinde als Zentrale zwischen Angebot und Nachfrage.

Status

Zielsetzung

Breitere medizinische Versorgung (z.B. Augenarzt, HNO etc.) erreichen

5.13 Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Wir haben uns im Land dafür eingesetzt, dass der Grundsatz **„Privat vor Staat“** endlich Gesetz wird. Andere Parteien erschließen mit ihrer Politik lediglich neue Beschäftigungsfelder für die Gemeinde, was privaten Unternehmern Kunden und Kapital stiehlt und letztendlich private Initiative verhindert. Was wir nicht brauchen, ist eine Konkurrenz für regionale Unternehmen durch ausuferndes gemeindliches Wirtschaften!

Gemeindeeigene Betriebe bergen die Gefahr, bei Unterauslastung private Kunden zu bedienen und damit an die Substanz des Mittelstands zu gehen. Dies liegt nicht nur außerhalb des Aufgabenbereichs der Gemeinde, sondern vernichtet Arbeitsplätze.

Wir fordern: Die öffentliche Hand darf nur dort selber tätig werden, wo es um **Kernelemente der Daseinsvorsorge** geht und Private eine solche Aufgabe nicht ebenso gut erfüllen können. Jegliche gemeindliche Wirtschaft hat sich einem großen und ständigen Rechtfertigungsdruck zu stellen, die Voraussetzungen sind dauernd zu überprüfen.

Öffentliche Aufträge außerhalb des Kernbereichs der Daseinsvorsorge sollen nicht durch gemeindeeigene Unternehmen, sondern vorzugsweise durch Unternehmen des Mittelstands ausgeführt werden.

Status

Die Gemeinde Hövelhof hat sich auf dem Gebiet der Privatisierung bisher positiv entwickelt. Ein gutes Beispiel ist die Zusammenarbeit mit einem privaten Entsorgungsunternehmen und der vorbildlichen Wiegetechnik der Abfallbehälter. Trotzdem bleibt noch Spielraum für weitere Privatisierungen. Die FDP Hövelhof fordert, eine Privatisierung des Wasserwerks sowie die Tätigkeiten des Bauhofes nach betriebswirtschaftlichen Kriterien zu prüfen. Beim Wasserwerk sollte geprüft werden, ob ein Privatunternehmen langfristig die Versorgung kostengünstiger bei vollständigem Erhalt der Versorgungssicherheit erbringen kann. Die Tätigkeiten des Bauhofes sollten permanent mit den Preisen eines Unternehmens verglichen werden und im Einzelfall konsequent an Unternehmen vergeben werden. Das Ziel ist die Vermeidung des Aufbaues eines hohen Kostenblocks durch Investitionen in Maschinen und Geräte sowie in Personalfixkosten. Außerdem wird die heimische Wirtschaft durch zusätzliche Aufträge gestärkt.

Zielsetzung

5.14 Integrationspolitik

Hövelhof muss sich als wachsende Gemeinde stärker um seine **Neubürger** kümmern. Es gilt, diese schnell in das Gemeindeleben einzubinden und ihnen den Start in Hövelhof möglichst angenehm zu gestalten. Dies stärkt ihren Bezug zum Hövelhofer Land und ihr Gefühl, dort gerne zu wohnen und heimisch zu sein. Was wir nicht brauchen, sind isolierte Zugezogene.

Dies gilt nicht nur für die Eingliederung von Menschen mit internationalem Migrationshintergrund bzw. Zuwanderer, sondern für Zugezogene im weitesten Sinne – also auch, wenn sie aus Paderborn „aufs Land“ ziehen.

Diese müssen von Anfang an, also nach der Anmeldung ihres Wohnsitzes, begleitet werden.

Hierzu gehört ein „**Willkommenspaket**“ mit Informationen über jährliche Veranstaltungen, aber auch Gutscheine (Getränkefreischein, freier Eintritt zu Sportveranstaltungen, „Schnupperkurse“ im Sportverein etc.), welche zum Besuch dieser Veranstaltungen und Einrichtungen ermutigen.

Ebenso sollte eine Liste mit den in den Ortsteilen bestehenden Vereinen samt Ansprechpartner und anderen Informationen in Form einer Infobroschüre erstellt werden. Eine Anlaufstelle in der Gemeinde für

generelle Fragen und die Begleitung in den Start als Hövelhofer Bürger sehen wir als sinnvolle und lohnende Investition in die Außendarstellung und damit in die Zukunft unserer Gemeinde sowie als Teil einer gelungenen Werbung für Hövelhof. Auf von der Gemeinde organisierten „Integrationsabenden“ sollen die Zugezogenen Möglichkeiten des Austausches, auch mit Hövelhofern, haben. Darüber hinaus ist die Einrichtung eines „**Integrationsbeauftragten**“ von überaus wichtiger Bedeutung, welcher als Anlaufstelle in der Verwaltung fungiert.

5.15 Gesundheit / Pflege

Status

- allg. medizinische Versorgung ist gut
- ausreichend Plätze für Altenpflege

Zielsetzung

- medizinische Angebote erweitern
- Angebot an die demografische Entwicklung anpassen

5.16 Soziale Sicherungssysteme

Status

- Abdeckung entspr. z.Z. den gesetzlichen Anforderungen, aber man kann mehr tun
-

Zielsetzung

- Es ist noch nicht transparent für die betroffenen Bürger, wie sich die Gemeinde auf die neuen Anforderungen aus den demografischen Veränderungen einrichtet, um Service und Informationen den Betroffenen zukommen zu lassen.
- verstärkten Bürgerservices anbieten, insbesondere für die Älteren
- für Sozialhilfeempfänger und Arbeitslosen mehr Informationen und Hilfestellung / Kontakte anbieten

5.17 Moderne und bürgernahe Verwaltung

Die Arbeit und der Service der Verwaltung prägt wesentlich das Bild, welches die Bürgerinnen und Bürger von ihrer Gemeinde macht und wesentlich zum Wohlfühlfaktor beiträgt.

Wir Liberale verstehen die **Verwaltungsarbeit als Dienstleistung** für den Bürger („Verwaltung soll dienen und nicht herrschen“). Wir denken, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung diese Grundsätze schon verinnerlicht haben und erkennen ihre Bemühungen und ihren persönlichen Einsatz an, sehen jedoch an so manchem Punkt noch Verbesserungsbedarf. Der Abbau von Bürokratie, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die zügige Bearbeitung von Anträgen sind Kernaufgaben, welchen wir uns zu stellen haben. Hierbei soll vor allem auf Anregungen und Erfahrungen der Verwaltungsmitarbeiter gesetzt und ihr Wissen genutzt werden. **Einsparpotentiale**, z.B. bei Verfahrensschritten, gehören genutzt. Wir wollen keine lästigen alten Zöpfe in unserer Verwaltung!

Ebenfalls sollte, sofern dies vom Bürger im Einzelfall gewünscht wird und möglich ist, auch der Verkehr über **E-Mails** von der Verwaltung genutzt werden. Dies spart durch die schnelle und flexible Antwortmöglichkeit Zeit und Portokosten, benötigte Formulare können online als Anhang übersichtlich und komplett mitgeschickt werden.

Eine **schlanke Verwaltung** fördert die von uns geforderte Eigenverantwortung und Selbstorganisation der Bürgerinnen und Bürger und spart zudem Verwaltungsgebühren, die Gemeinde sollte lediglich den Rahmen setzen und die Einhaltung der Bestimmungen prüfen.

E-Government bietet eine einfache und große Chance, unsere Verwaltung von Grund auf zu modernisieren und einfacher, schneller, kostengünstiger und effizienter zu gestalten. Hövelhof muss sein Internet- und Onlineangebot weiter ausbauen und die Möglichkeit bieten, Anträge, Beschwerden etc. einfach ausfüllbar und schnell per Onlineformular abzusetzen. Somit gelangen die Formulare zudem bereits digital an die Gemeinde und müssen nicht noch zeitraubend digital verarbeitet werden. Hierdurch werden auch eventuelle Mobilitätsnachteile unserer Bürgerinnen und Bürger ausgeglichen.

5.18 Mündige Bürger verdienen mehr Beteiligung

Fordert man die Eigeninitiative und Selbstverantwortung der mündigen Bürger, so muss man auch auf „Volkes Stimme“ hören. Die Verwaltung sowie die politischen Mandatsträger müssen sich als Dienstleister verstehen, welche für und nicht gegen die Bürger arbeiten und ihre Anregungen und Wünsche, aber auch vor allem ihren Willen berücksichtigen müssen.

Neben der Möglichkeit der **Bürgerfragestunde** im Rat sollen verstärkt **Bürgerabende** veranstaltet werden, auf welchen über aktuelle Themen und Probleme berichtet wird. Die Gemeinde soll nicht gegen die

Bürger arbeiten oder Informationen aus Kalkül zurückhalten, sondern offensiv Aufklärung betreiben und ihre Entschlüsse stärker als bisher rechtfertigen. Hierzu gehört auch eine umfangreiche Information über die aktuelle Ratsarbeit im Onlineauftritt der Gemeinde.

Eines der wichtigsten Mittel sind jedoch **Bürgerbegehren** und **Bürgerentscheide** als Elemente der direkten Demokratie. Gerade auf der Ebene der Kommunalpolitik bieten sie beste Möglichkeiten, den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu ermitteln und wichtige Fragestellungen dem Volk als Souverän zu überlassen.

Die FDP ist die **einzige Partei**, welche sich stets und bedingungslos für die Anwendung dieser Mittel einsetzt, wohingegen andere Parteien aus Angst vor der Bürgermeinung diese um jeden Preis zu verhindern suchen und den Bürgern keine Mündigkeit zutrauen und zugestehen. Wir werden diese Möglichkeiten an sich wo es nötig und förderlich ist zu unterstützen suchen und im Gemeinderat dafür einstehen, dass dieser Ausdruck des Bürgerwillens Beachtung finden wird.

Lassen Sie sich von den anderen Parteien **nicht entmündigen**, stärken Sie uns, damit wir Sie stärken können!

6. Sonderthemen

6.01 Holzheizkraftwerk der Firma Geha

Status

Die Genehmigung des Holzheizkraftwerkes ist erfolgt und befindet sich z.Z. im Bau. Die „geringe“ Größe der Anlage hat das Genehmigungsverfahren vereinfacht.

FDP-Position

Wir hätten im Rahmen der allgemeinen Energiekosten gerne eine für Hövelhof wirtschaftlichere Lösung gesehen, so dass auch die Bürger hätten einen Nutzen haben können.

Wenn die Anlage z.B. abseits der nahen Wohngebiete mit einer größeren Kapazität – unter Beteiligung der Gemeinde – errichtet worden wäre, könnten die Bürger von den Kostenvorteilen profitieren.

Wir werden die weitere Entwicklung und Auswirkungen auf die Wohngebiete verfolgen.

6.02 Schützen- und Bürgerhalle

Status

Die Mit-Finanzierung durch die Gemeinde ist beschlossen und der Umbau der Halle ist in Arbeit.

FDP-Position

Ab 2010 wird es Transparenz geben, wie die „Hallen-GmbH“ die Vermarktung und Nutzung des neuen Gebäudes umsetzt, insbesondere entspr. unseren Vorstellungen lt. Pkt. 5.11 (Kulturförderung). Dann wird sich auch zeigen, in welchem Umfang eine weitere finanzielle Unterstützung durch die Gemeinde erforderlich wird.

6.03 Entwicklung Ortsteile (Schnittstellen, Vernetzung,....)

Status / FDP-Position

Die Entwicklung der Gemeinde Hövelhof ist in den letzten Jahren durch eine einseitige Konzentration auf den Ortskern sowie den Ortsteil Riege gekennzeichnet. Mit der Erweiterung des Industriegebietes Nord

(„Sprung über den Hallerbach“) sind der Ortskern und der Ortsteil Riege weiter zusammengewachsen. Grundsätzlich ist es begrüßenswert, auch die etwas weiter entfernt liegenden Ortsteile in die positive Entwicklung der Gemeinde Hövelhof einzubeziehen. Die FDP Hövelhof fordert aber, sämtliche Ortsteile zu berücksichtigen und dabei auch die infrastrukturellen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Der Ortsteil Hövelriege besitzt als einziger Ortsteil eine Bahnhaltestelle sowie eine Grundschule. Zudem ist die Entfernung zur Autobahnanschlussstelle Stukenbrock-Senne die geringste von allen Ortsteilen. Bisher sind diese Tatbestände von der Gemeinde Hövelhof nicht ausreichend berücksichtigt worden. Die FDP Hövelhof fordert deshalb den forcierten Ausweis von Neubaugebieten im Ortskern von Hövelriege. Vorteilhaft ist, dass Grundschulkinder ohne den täglichen Bustourismus ihre Grundschule zu Fuß oder mit dem Fahrrad erreichen können. Viele Berufstätige können ihre Arbeitsstätte einfacher erreichen, und zwar mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder mit dem PKW. Die räumliche Nähe zum Sportzentrum des SJC Hövelriege ermöglicht zudem Kindern eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Außerdem fordert die FDP Hövelhof den langfristigen Erhalt der Furlbachschule Hövelriege.

Die FDP Hövelhof setzt sich auch für eine sinnvolle Entwicklung der anderen Ortsteile ein. Eine Zersiedelung ist dabei zu vermeiden. Im Ortsteil Espeln könnte eine Fokussierung auf die landwirtschaftliche Nutzung in Form eines öffentlichkeitswirksamen Leistungszentrums stattfinden. Die Ortsteile Klausheide und Staumühle sollten wegen ihrer Nähe zur Senne stärker touristisch gefördert werden.

7. Anhang

(z.B. Bilder, Flyer, Zeitungs-Artikel, Grafiken u.ä.)

7.01 Ortsparteitag 2008 (Presseartikel)

FDP Ortsverband Hövelhof verstärkt sich



Ortsverbands-Vorstand:

v.l. : Ekhard Schumann, Manfred Henrichsmeier, Hugo Beck, Hermann Preugschat, Rudi Lindemann

Im Rahmen des stattgefundenen Ortsparteitages standen erneut Vorstandswahlen an. Der neue Ortsvorstand setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Hermann Preugschat, stellvertretender Vorsitzender: Rudi Lindemann (Mitglied des Gemeinderates), Schriftführer: Hugo Beck, Schatzmeister: Ekhard Schumann, Pressesprecher: Manfred Henrichsmeier.

Für das laufende Jahr und das kommende Kommunal-Wahljahr 2009 hat sich der FDP Ortsverband feste Ziele gesetzt. Wir wollen nicht nur kommunalpolitisch mitwirken – mit einem z.Z. vorhandenen Ratsmandat – sondern Kommunalpolitik mit gestalten und streben für 2009 die Fraktionsstärke im Rat von Hövelhof an.

In der Kommune sind die meisten Aufgaben auf den richtigen Weg gebracht, jedoch fehlt bei einigen Themen die Nachhaltigkeit wie z.B.: Die Nutzung des neugestalteten Bahnhofs für den Tourismus, mehr Maßnahmen und Sensibilität für ältere Bürger, d.h., rechtzeitiges Einstellen auf die demografischen Veränderungen, auch damit verbunden Schulentwicklung, Gewerbegebietsplanung, ärztliche Versorgung, Notfallversorgung, Sicherheit.

Es ist noch nicht transparent für die betroffenen Bürger, wie sich die Gemeinde auf die neuen Anforderungen aus den demografischen Veränderungen einrichtet, um Service und Informationen den Betroffenen zukommen zu lassen. Jede Organisation ist erst mit einem Korrektiv effizient.

Wir wollen forcieren, dass Hövelhof weiterhin eine erfolgsbringende Identifikation erreicht durch: Starkes Gewerbe, intelligente Verkehrsleitsysteme (aber keine Durchfahrtsverbote), Energiekonzepte, kulturelle und touristische Angebote, attraktiven Ortskern, dem demografischen Wandel angepasste Kinderbetreuungs- und Schulsysteme, verstärkten Bürgerservice. Hövelhof muss seine Visionen weiterentwickeln – „Wo will Hövelhof in zehn Jahren stehen“ - .

Unsere Ziele sind besser erreichbar, wenn wir als gestärkte Opposition mehr Mitsprache im Gemeinderat erreichen. Das erfordert, dass der Ortsverband der FDP Hövelhof weiter wächst.

Damit sind wir auf das Engagement politisch interessierter Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die sich mit den Zielen und Aufgaben der FDP Hövelhof identifizieren, die anstehenden Themen unterstützen und sich am weiteren Aufbau der FDP Hövelhof aktiv beteiligen.

Wir werden mit Ihnen den Dialog in verschiedenen Formen suchen, nutzen Sie unsere Angebote im Rahmen des LIBERALEN FORUMS. Für Anregungen und / oder Rückfragen - aber auch kritischen Anmerkungen - stehen ihnen die Mitglieder des Ortsverbands-Vorstandes jederzeit zur Verfügung.

Sie erreichen uns unter der eMail-Adresse „fdp-hoewelhof@onlinehome.de“.

7.02 Ortsparteitag 2010 (Presseartikel)

FDP Ortsverbandsvorstand Hövelhof wurde erneut bestätigt.

Im Rahmen des ordentlichen Ortsparteitages am 20. Febr. d. J. standen turnusmäßig Vorstandswahlen an. Der bisherige Ortsvorstand wurde in seiner Gesamtheit bestätigt und einstimmig wieder gewählt; er setzt sich wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Hermann Preugschat, stellvertretender Vorsitzender: Rudi Lindemann (auch Fraktionsvorsitzender), Schatzmeister: Ekhard Schumann, Schriftführer: Hugo Beck, Pressesprecher: Manfred Henrichsmeier; als Beisitzerin wurde Bärbel Schumann neu in den Vorstand gewählt.



v.l.n.r.: Hermann Preugschat, Rudi Lindemann, Ekhard Schumann, Bärbel Schumann, Hugo Beck, Peter Lindemann (Beauftragter der Julis im Ortsverband), Manfred Henrichsmeier

Der Ortsvorstand konnte auf ein erfolgreiches Jahr 2009 zurückblicken; drei sehr zufriedenstellende Wahlergebnisse wurden erreicht, die Mitgliederzahl hat sich wesentlich erhöht und man ist als Fraktion mit vier Mandatsträger in den Gemeinderat eingezogen.

Politische Schwerpunkte der FDP-Fraktion in der 1. Ratsphase 2009, nach den Kommunalwahlen, waren Themen zur Stärkung der Bürgerrechte und des Datenschutzes. Gerade die aktuelle Diskussion über Google Street View zeigt wie wichtig es war, einen Antrag zum Recht und Schutz der Bürger zu stellen.

Der Bürger in der Gemeinde wird rechtzeitig über Aufnahmen durch Google informiert und kann sein persönliches Widerspruchsrecht wahrnehmen; im Internetportal der Gemeinde sind die entsprechenden Informationen eingestellt.

Mit Beginn der 2. Ratsphase in 2010 liegt die Herausforderung im Bereich der neuen kommunalen Finanzstrategie der Gemeinde Hövelhof sowie deren Ausgabenpolitik.

Die kommunale Haushaltsslage ist so angespannt, dass Hövelhof mit einem Bein in der Haushaltssicherung steht; Haushaltssicherung bedeutet Fremdverwaltung mit all den negativen Nebenerscheinungen wie Steuererhöhungen und rigorosen Ausgabenkürzungen. Nun ist unternehmerisches Handeln gefordert, das muss nicht gleich „Rotstift“ heißen, sondern prüfen und optimieren der Einnahmen und Ausgaben, Aussitzen ist schon gar nicht eine Lösung.

Ein Teil der Verantwortung für die finanzielle Misere liegt bei uns selbst und die Krise verstärkt nur die strukturellen Probleme, die ggf. schon seit Jahren bestehen.

Deshalb hat die FDP-Fraktion einen eigenen Antrag zur Haushaltskonsolidierung gestellt. Dieser wurde vom Rat der Gemeinde Hövelhof in seiner Sitzung vom

04.02.2010 in den inhaltlichen Zielsetzungen verabschiedet, nur nicht in der Vorgehensweise mittels eines separaten Arbeitskreises.

Sehr bedauerlich ist, dass die CDU-Mehrheitsfraktion sich nicht dem Haushaltskonsolidierungskonzept der FDP-Fraktion in vollem Umfang angeschlossen hat. Resolutionen und Kritiken an den Kreis führen nicht schnell zu positiven Ergebnissen und helfen nicht allein die eigene Haushaltssituation in den Griff zu bekommen, schade, dass sie ihre Kompetenz nicht eingesetzt hat. Die FDP-Fraktion wird den Fortschritt der Haushaltskonsolidierung mit eignen Initiativen begleiten um gegebenenfalls die Effizienz durch geeignete Maßnahmen zu verbessern.

Noch ist der Zeitraum da, um Maßnahmenziele zu erreichen, am Jahresende 2010 kommt jede Erkenntnis zu spät.

Helfen auch Sie uns jetzt. Wir möchten alle Bürgerinnen und Bürger mit in die anstehende Ratsarbeit durch ihr engagiertes Mitwirken in Gesprächen und Treffen einbinden und freuen uns auf den Dialog in jeder Form; nutzen Sie www.fdp-hoewelhof.de.

7.03 Ortsparteitag 2012 (Presseartikel)

FDP Ortsverband wählt neuen Vorstand

Hövelhof. Die Mitgliederversammlung des Hövelhofer Ortsverbandes der FDP wählt mit großer Mehrheit einen neuen Vorstand. Das Amt des ersten Vorsitzenden übernimmt Ekhard Schumann. Der bisherige erste Vorsitzende Hermann Preugschat hatte bereits im Vorfeld angekündigt, dass er sich nicht zur Wiederwahl stelle.

Am 16.03.2012 fand die alljährliche Mitgliederversammlung des Hövelhofer Ortsverbandes der FDP statt. Mit in der Tagesordnung standen dieses Jahr die satzungsmäßigen Vorstandswahlen. Der bisherige erste Vorsitzende Hermann Preugschat hatte bereits im Vorfeld der Mitgliederversammlung angekündigt, dass er nicht zu Wiederwahl stehe. Er möchte das Amt jüngeren Mitgliedern zur Verfügung stellen, stehe dem Ortsverband aber weiter mit Rat und Tat zur Seite. Der gesamte Ortsverband bedankt sich beim alten Vorstand für seine geleistete Arbeit, besonderer Dank gilt Hermann Preugschat für seine langjährige Arbeit als erster Vorsitzender. Mit großer Mehrheit wurde der neue Vorstand gewählt. Erster Vorsitzender wird Ekhard Schumann, sein Stellvertreter Rudi Lindemann. Das Amt des Schatzmeisters übernimmt André Klocksin, Hugo Beck wird als Schriftführer wiedergewählt. Benjamin Joachim übernimmt das Amt für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Als Beisitzer werden Bärbel Schumann, Thomas Körner und Peter Lindemann gewählt.

Im weiteren Verlauf der Versammlung stellt der neue Vorstand die Schwerpunkte der kommunalen Politik vor. Wichtige Themen sind Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung, eine für alle Beteiligten sinnvolle Lösung im Streitthema „Nationalpark Senne“, das neue Ortskernkonzept und das Projekt familiengerechte

Kommune Hövelhof. Bei diesen Themen gilt es auch in der Zukunft, die liberalen Positionen deutlich zu machen. Zur Halbzeit der alle fünf Jahre stattfindenden Kommunalwahlen wird der Blick jetzt bereits auf das Wahljahr 2014 gerichtet. Das Wählerverhalten zu Kommunalwahlen unterliegt zwar Einflüssen aus Bund und Land, dennoch hat die Kommunalpolitik eine hohe Eigenständigkeit. Besonders wichtig ist es daher, den Bürgerinnen und Bürgern die liberale Arbeit der FDP-Fraktion in Abgrenzung zur Politik der CDU und SPD zu verdeutlichen. Der neue Vorstand so wie der gesamte Ortsverband freut sich auf die vor ihnen liegenden Aufgaben.



Vorstand des FDP Ortsverbandes Hövelhof vor dem Plakat des Spitzenkandidaten Christian Lindner. (v.l.n.r.) Ekhard Schumann, Rudi Lindemann, André Klocksin, Bärbel Schumann, Benjamin Joachim, Hugo Beck, Thomas Körner und Peter Lindemann.

8. Quellenverzeichnis

- Wiesbadener Grundsätze vom 24. Mai 1997
- 58. Ord. Bundesparteitag, Stgt., Antrag Nr. 1 „Mehr Freiheit, mehr Fairness, neue Chancen – Perspektiven für eine solidarische Bürgergesellschaft“
- 58. Ord. Bundesparteitag, Stgt., Antrag Nr. 3 „Sozialpolitik der FDP“
- 60. Ord. Landesparteitag, Hamm; Rede von Prof. Dr. A. Pinkwart „Freiheit, Fairness, Fortschritt“
- Liberales Programm der FDP Borchten